

## Liebe Leserinnen und Leser,

es ist in diesen Tagen schwer, einfach um- oder abzuschalten. Zu viel steht geo-, klima- und wirtschaftspolitisch auf dem Spiel. Und wenn unser Rädchen noch so klein ist, an dem wir drehen und unseren Beitrag leisten können, es geht um's Ganze. Ob die Jubelrufe am Ende des UN-Naturgipfels in Montreal die richtigen Taten folgen lassen, ist elementar. Denn es gibt keinen Klimaschutz ohne das bevölkerungs- und emissionsreichste Land der Erde: China. Interessant, dass ausgerechnet der chinesische Umweltminister und Konferenzvorsitzende den gordischen Knoten durchgeschlagen hat.

Dass der Rechtsstaat auch in Belgien funktioniert, hat der Korruptionsskandal um die griechische Europaabgeordnete Kaili gezeigt. Gerade deshalb ist es falsch, alle Abgeordneten über einen Kamm zu scheren. Wir brauchen auch keinen Ethikrat oder noch mehr neue Gremien. Diesen Fall hätte kein noch so strenges Gesetz verhindert. Im Bundesvergleich haben wir in Europa sogar strengere Regeln. Dass sogenannte NGOs, Nicht-Regierungs-Organisationen, auch in diesem Kontext eine immer größere Rolle spielen, zeigen angehängte Artikel. Gerade hier blockieren die Linken-Politiker in Europa und die Ampel in Berlin. Transparenz darf nicht bei Abgeordneten aufhören. Die Geldzahlungen von Dritten an NGOs müssen lückenlos veröffentlicht werden.

Mein Dank geht an Sie alle für Ihr Interesse an meiner politischen Arbeit sowie an der des EU-Parlaments. Auch im kommenden Jahr informiere ich wieder in gewohnter Art und Weise.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Liebsten gesegnete Weihnachten, besinnliche Feiertage und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Mit freundlichen Grüßen,



## Mein Europa

### EU Food Security Bericht: Ernährungssicherheit braucht Top-Priorität

Als Berichterstellerin habe ich dem europäischen Agrarausschusses (AGRI) meinen Entwurf zur Gewährleistung der Ernährungssicherheit und langfristigen Widerstandsfähigkeit der EU-Land- und Ernährungswirtschaft vorgestellt.

Globale und lokale Ernährungssicherheit ist keine Selbstverständlichkeit! Unsere europäische Nahrungsmittelproduktion muss dringend zu einem strategischen Eckpfeiler für Europa werden. Wir müssen die eigene wie die weltweite Versorgung robust und krisenfest machen. Krisen dürfen nicht erst der Auslöser für aktives Handeln sein. Wir müssen viel mehr dafür gewappnet sein. Krisen von internationaler Dimension brauchen internationale Verantwortung.

Die [Pressemeldung](#) sowie den ausführlichen [Bericht](#) finden Sie in den Links.

### Bericht ländliche Regionen der EU: Stadt und Land Hand-in-Hand

In der letzten Sitzungswoche des Jahres stimmte das Europäische Parlament über den Bericht des Agrarausschusses zum Thema ländliche Regionen ab. Als Berichterstellerin für die CDU/CSU Gruppe bin ich der Auffassung: Wir wollen und wir brauchen keine gleichen, sondern gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Es ist die Aufgabe der Agrarpolitik, das Leben auf dem Land lebenswert zu gestalten und die ländlichen Räume als Kulturlandschaft zu bewahren.

Meine [Pressemeldung](#) zum Thema sowie den [Bericht](#) lesen Sie auf meiner Website.

### Korruptionsskandal im Europaparlament

Das Europaparlament hat in dieser Woche gefordert, den Korruptionsskandal um die sozialistische Abgeordnete aus Griechenland, Eva Kaili, lückenlos aufzuklären. Nachdem in einem ersten Schritt Kaili als Vize-Präsidentin abgesetzt worden war, sprach sich das Plenum anschließend in einer fraktionsübergreifenden Entschließung für weitere Maßnahmen im Kampf gegen Korruption aus. Der zufolge soll ein Untersuchungsausschuss nach Abschluss der strafrechtlichen Ermittlungen eingesetzt werden.

Für uns ist klar, dass der Fall Kaili hauptsächlich die Schwachstellen der derzeitigen Regeln für Nichtregierungsorganisationen zeigt. Die Finanzierung und die Finanzstrukturen von NGOs müssen viel transparenter werden. Aus diesem Grund ist es der EVP-Fraktion ein wichtiges Anliegen, dass NGOs offenlegen wie und woher sie finanziert werden und welche Auftraggeber dahinterstehen. Dass mutmaßlich als Menschenrechtsorganisationen getarnte Nichtregierungsorganisationen gegen Geld offensiv die Interessen von autoritären Drittstaaten vertreten, die wiederum selbst Menschenrechte mit Füßen treten, macht fassungslos. Es ist bedauerlich, dass ausgerechnet auch Sozialdemokraten vor einigen Jahren Initiativen der EVP-Fraktion im Parlament gestoppt haben, um die Finanzierung von NGOs stärker zu thematisieren und transparenter zu machen.

Die 44 Jahre alte Griechin Eva Kaili ist eine von sechs Verdächtigen, die in dem Korruptionsskandal um das Europaparlament seit Freitag in Belgien verhaftet wurde. Gegen sie

und drei andere erließ die belgische Justiz am Sonntag Haftbefehl. Sie werden der Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung, der Geldwäsche und der Korruption beschuldigt. Im Raum steht, dass das Golfemirat Katar mit Geld- und Sachgeschenken versucht hat, Einfluss auf politische Entscheidungen im Europaparlament zu nehmen.

**Zu den Korruptionsermittlungen gegen die Vizepräsidentin des Europaparlaments, Eva Kaili und weitere Parlamentsmitarbeiter erklärt Daniel Caspary (CDU), Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament:**

„Die Vorwürfe gegen die sozialistische griechische Abgeordnete Eva Kaili und weitere Parlamentsmitarbeiter wiegen schwer und machen fassungslos. Was sich im Umfeld der sozialdemokratischen Fraktion abgespielt haben soll, bedeutet einen riesigen Imageschaden für die sozialistische Fraktion, aber leider auch das gesamte Europäische Parlament.

Eine neue Debatte hinsichtlich unserer Transparenzregeln brauchen wir nicht. Die erhobenen Vorwürfe widersprechen Anstand, Gesetzen und auch schon jetzt den internen Regeln, die wir uns als Parlament gesetzt haben. Die Vorwürfe müssen jetzt von den zuständigen Ermittlungsbehörden und Gerichten und auch im Europäischen Parlament vorbehaltlos aufgeklärt werden.

Ich erwarte, dass alle Abgeordnete, die sich nicht an die Regeln halten, umgehend die Konsequenzen ziehen. Solche Abgeordnete sind eines Sitzes im Parlament nicht würdig.“

**Zu den aktuellen Entwicklungen im Korruptionsfall erklären Daniel Caspary (CDU), Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe und Angelika Niebler (CSU), Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe:**

„Die Absetzung von Eva Kaili als Vizepräsidentin war alternativlos. Es ist gut, dass die Aufräumarbeiten in der sozialdemokratischen Fraktion und ihrem Umfeld weitergehen.

Der Fall Kaili zeigt deutlich die Schwachstellen der derzeitigen Regeln für Nichtregierungsorganisationen. Die Finanzierung und die Finanzstrukturen von NGOs müssen viel transparenter werden. Wir fordern, dass künftig auch NGOs offenlegen wie und woher sie finanziert werden und welche Auftraggeber dahinterstehen. Dass mutmaßlich als Menschenrechtsorganisationen getarnte Nichtregierungsorganisationen gegen Geld offensiv die Interessen von autoritären Drittstaaten vertreten, die wiederum selbst Menschenrechte mit Füßen treten, macht fassungslos. Es ist bedauerlich, dass ausgerechnet auch Sozialdemokraten vor einigen Jahren unsere Initiativen im Parlament gestoppt haben, die Finanzierung von NGOs stärker zu thematisieren und transparenter zu machen.

Darüber hinaus brauchen wir klare Regeln und bessere Kontrollen der zahlreichen Freundschaftsgruppen und informellen Zusammenschlüsse im Europaparlament. Es kann nicht sein, dass diese Interessengruppen den offiziellen Gremien des Parlamentes Konkurrenz machen und sie somit an der Ausführung ihrer Arbeit hindern.

Wir fordern stärkere Mechanismen zur Korruptionsbekämpfung innerhalb des Europaparlamentes. Dazu gehören auch schnelle und abschreckende Strafen für jeden ausländischen Akteur, der sich im laufenden Fall schuldig gemacht hat. Zudem fordern wir die Einsetzung eines Sonderausschusses, um die Versäumnisse aufzuarbeiten.“

Zum geplanten **Start der Verhandlungen möglicher Visa-Erleichterungen für Katar** erklärt **Daniel Caspary** (CDU), außerdem:

„Es darf zum jetzigen Zeitpunkt keine Verhandlungen über Visa-Erleichterungen für Katar geben. Wir fordern, dass das Verfahren, das am vergangenen Montag gestartet werden sollte, vorerst auf Eis gelegt wird.“

Es wäre vollkommen inakzeptabel, wenn ein Land versucht hätte, über mutmaßlich korrupte Abgeordnete Einfluss auf Parlamentsentscheidungen zu nehmen. Erst muss der Sachverhalt gründlich aufgeklärt werden, dann kann man über weitere Schritte entscheiden.“

Lesen Sie zum Thema die Pressemeldung des **Europapolitischen Sprechers der CSU im Bundestag, Alexander Radwan** MdB [hier](#).

**Welt**-Artikel: [Welt-Online: Ampel hält Geldgeber von Lobbyverbänden in der Anonymität](#)

## Verleihung Sacharow-Preis für geistige Freiheit

Mit der feierlichen Verleihung des Sacharow-Preises für geistige Freiheit erkennen wir die Leistung des ukrainischen Volks für unsere universellen und europäischen Werte an. Die Bürger der Ukraine kämpfen gegen den Vernichtungswillen des Putin-Regimes für ihre Zukunft als Volk, als Nation und als Europäer. Sie kämpfen auch für uns, um den russischen Imperialismus zu stoppen und ein friedliches Zusammenleben unter den Völkern Europas wieder zu sichern.

Das Europaparlament würdigt die besondere Rolle von Präsident Selenskyj und von anderen gewählten Repräsentanten, wie etwa Bürgermeistern, sowie der Zivilgesellschaft. Sie alle erfüllen mutig ihre Aufgaben und führen ihre Mitbürger aus Leid und Verzweiflung hin zu gegenseitiger Solidarität und Widerstand gegen die Barbarei der russischen Aggressoren, Kriegsverbrecher und Besatzer.

Wir müssen uns alle anstrengen und noch mehr Hilfe und Unterstützung geben für den Kampf der Ukrainerinnen und Ukrainer um Freiheit und Menschlichkeit.

Hintergrund:

Der Sacharow-Preis für geistige Freiheit wird jedes Jahr vom Europäischen Parlament verliehen. Der Präsident des Europaparlaments wählt gemeinsam mit den Fraktionsvorsitzenden den endgültigen Preisträger aus. Nominiert waren in diesem Jahr neben dem ukrainischen Volk auch Julian Assange sowie die kolumbianische Wahrheitskommission. Der mit 50.000 Euro dotierte Preis wurde am 14. Dezember im Rahmen einer Zeremonie im Plenarsaal des Parlaments verliehen. Er wurde 1988 ins Leben gerufen, um Einzelpersonen und Organisationen zu ehren, die Menschenrechte und Grundfreiheiten verteidigen und ist nach dem sowjetischen Physiker und politischen Dissidenten Andrej Sacharow benannt.

## Verbrenner-Aus: “Komplettes Verbot geht zu weit“

Der Umweltausschuss des Europaparlaments hat das Trilog-Ergebnis zur CO<sub>2</sub>-Regulierung für PKW und leichte Nutzfahrzeuge bestätigt. Dazu erklärt **Jens Gieseke**, verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Gruppe und Berichterstatter der EVP-Fraktion:

„Die Linie der EVP-Fraktion war und ist klar: Die Emissionen im Verkehrssektor müssen sinken. Deshalb haben wir das Ziel für 2030 und ein hohes Reduktionsziel für 2035 unterstützt. Aber ein komplettes Verbot einer Technologie geht für uns zu weit.

Aus unserer Sicht hätte es eine freiwillige Rolle für klimaneutrale Kraftstoffe geben müssen, um die Technologieoffenheit und eine gewisse Flexibilität für die Hersteller zu erhalten.

Die neuen Regeln werden Emissionen in andere Sektoren verlagern und einen massiven Strukturwandel auslösen. Einen, den die Industrie allein bewältigen muss, da die Kommission keine Mittel für ein spezielles Förderprogramm hat. Für unsere europäischen Hersteller wird die Umstellung eine große Herausforderung sein. Chinesische und amerikanische Hersteller, unterstützt durch massive Subventionen, stehen in den Startlöchern, den europäischen Markt für Elektroautos zu übernehmen.

Auf Drängen der EVP-Fraktion muss die Kommission nun einen Vorschlag für eine Lebenszyklusanalyse ausarbeiten, um die tatsächlichen Emissionen von Fahrzeugen in Zukunft realistischer betrachten und vergleichen zu können. Ob das Verbot von Verbrennungsautos ab 2035 tatsächlich aufrechterhalten wird, hängt stark von der Überprüfung im Jahr 2026 ab. Für viele Beschäftigte, die jetzt in eine ungewisse Zukunft blicken, kann dies jedoch nur ein kleiner Trost sein. Die Unternehmen werden schon sehr bald Entscheidungen über einen massiven Stellenabbau oder die Umstrukturierung ihrer europäischen Produktionsstandorte treffen müssen.“

## Was ist grüner Wasserstoff? EU-Kommission legt Definition vor

Die EU-Kommission hat einen neuen Vorschlag für einen delegierten Rechtsakt zur Definition von grünem Wasserstoff vorgelegt, der diese Woche in der zuständigen Ratsarbeitsgruppe diskutiert wird. Dazu erklärt **Markus Pieper** (CDU), Berichterstatter des Europäischen Parlaments für die Erneuerbare-Energien-Richtlinie und parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Gruppe:

„Der neue Vorschlag der EU-Kommission ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, aber noch nicht das, was nötig wäre. Auch mit diesem neuen Kommissionsvorschlag werden wir die Ziele für die Anteile grünen Wasserstoffs in Industrie und Verkehr nicht erreichen und das Feld ohne echten Grund zum größten Teil den fossilbasierten Wasserstoffproduktionen überlassen.

Gut ist zwar, dass für die grüne Wasserstoffproduktion zum Nachweis der Energiegewinnung aus einer Anlage für Erneuerbare Energien nun eine vierteljährliche - anstatt vorher eine stündliche - Bilanzierung reichen soll, was etwa während länger andauernder Windflauten auch den Strombezug aus dem Netz ermöglicht und die Herstellung günstiger macht. Allerdings ist die von der Kommission vorgesehene Umstellungsfrist auf stündlich bereits 2028 zu früh. Ich plädiere für 2030, aber auch nur unter der Voraussetzung, eine vorgeschaltete Folgenabschätzung gibt dafür grünes Licht.

Positiv sehe ich zudem, dass gegenüber dem ursprünglichen Kommissionsvorschlag ein Bezug von Energie zur Produktion von grünem Wasserstoff nicht nur innerhalb einer Preiszone möglich ist, sondern sich jetzt über Strom aus verbundene Preiszonen erstrecken kann. Allerdings sollte dies über alle Preiszonen eines Mitgliedslandes ohne Einschränkung möglich sein, was den indirekten Bezug von Wasserstoff erleichtert.

Auch beim Prinzip der Zusätzlichkeit hat sich die EU-Kommission bewegt. So sieht der neue Vorschlag vor, dass jetzt für einen bestimmten Zeitraum auch geförderte Wind- oder Solaranlagen Wasserstoff produzieren dürfen. Nach wie vor kritisch sehe ich jedoch, dass die Kommission auf dem Prinzip der Zusätzlichkeit ab 2027 besteht, d. h. Wasserstoff nur dann als grün gilt, wenn er mit zusätzlich gebauten Anlagen produziert wird. Hier muss sich die Kommission dringend weiterbewegen indem sie den Zeitpunkt mindestens bis 2032 verlängert und für die bis dahin gebauten Anlagen auch danach keine Produktionseinschränkungen vorsieht. Dies ist umso wichtiger, weil auch Importwasserstoff aus Drittstaaten diese Auflagen erfüllen muss.

Der Kommissionsvorschlag ist eine künstliche bürokratische Verknappung, was grünen Wasserstoff extrem teuer macht. Etwa so, als wolle man in Talsperren künftig nicht mehr mit Wasser, sondern mit Champagner Strom erzeugen. Dabei ist jetzt die Zeit für die schnelle Erfüllung der Pariser Klimavorgaben. Das geht aber nicht mit Wasserstoff mit Goldrand."

## Energie aus erneuerbaren Quellen: Änderungen (REPowerEU)

Wir wollen energiepolitisch nachhaltiger und unabhängiger werden, doch der Ausbau der Erneuerbaren Energien krankt zu oft an zu langsamen Genehmigungsverfahren. Das Europaparlament hat eine wichtige Hürde genommen, damit der Ausbau in Europa zukünftig schneller geht. Nur wenn wir einen Zahn zulegen, kann die Energiewende in Europa gelingen.

Wir setzen uns deshalb für Beschleunigungszonen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien ein, für die zukünftig das "Prinzip der positiven Stille" gelten soll. Das heißt, wenn die zuständige Verwaltungsbehörde nicht innerhalb der ihr gesetzten Frist antwortet, gelten der Antrag als genehmigt. Damit sollen Schnellgenehmigungen in neun Monaten möglich werden. Die bei solchen Projekten notwendigen Umweltverträglichkeitsprüfungen sollen für das gesamte Beschleunigungsgebiet durchgeführt werden, nicht mehr nur projektspezifisch. Damit schaffen wir endlich mehr Geschwindigkeit. Wir werden versuchen, die EU-Mitgliedstaaten ebenfalls davon zu überzeugen.

### Hintergrund:

Das EU-Parlament stimmte über die Parlamentsposition zu einer Teilrevision der Erneuerbaren-Energien Richtlinie ab, die sich hauptsächlich mit den Genehmigungsverfahren für Erneuerbare Energien beschäftigt.

## Medizinprodukteverordnung / Ankündigung Kommission im Gesundheits-Rat

Die Reform der Medizinprodukteverordnung führt zur sinkenden Verfügbarkeit von wichtigen Medizinprodukten und gefährdet zunehmend Patientinnen und Patienten. Nachdem

Ärztinnen und Ärzte, Krankenhäuser, Medizinproduktehersteller und Abgeordnete des Europäischen Parlaments seit Monaten Alarm schlagen, hat Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides heute im Gesundheits-Rat eine Fristverlängerung für die Rezertifizierung bestimmter Medizinprodukte in Aussicht gestellt.

Hierzu erklärt **Angelika Niebler** (CSU), Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe:

„Die heute von der Kommission angekündigte Fristverlängerung für die Rezertifizierung von Medizinprodukten ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Damit beenden wir nicht den zunehmenden Versorgungsnotstand in den Krankenhäusern und Arztpraxen. Im Gegenteil: Die Versorgungssicherheit mit wichtigen Medizinprodukten ist weiterhin gefährdet. Die EU-Kommission scheint die Alarmglocken nicht gehört zu haben. Wir können den Versorgungsnotstand mit Medizinprodukten nicht im Schlafwagen lösen.

Unsere Forderungen zur Änderung der Medizinprodukteverordnung liegen seit Monaten auf dem Tisch. Wir wollen, dass bereits erteilte Zertifikate so lange gültig bleiben, bis die Prüfung eines Re-Zertifizierungsantrags abgeschlossen ist. Zudem müssen Nischenprodukte, die bereits unter dem vorherigen Regime zertifiziert wurden, ohne Rezertifizierung auf dem Markt bleiben dürfen. Eine Fristverlängerung für die Rezertifizierung von Medizinprodukten bringt nichts, wenn Hersteller ohnehin nicht anstreben, ihre Produkte erneut zu zertifizieren, weil der bürokratische und finanzielle Aufwand einer Zertifizierung einfach zu hoch ist. Wir müssen das Problem an der Wurzel packen. Es ist nicht akzeptabel, an einem bürokratischen Zertifizierungssystem festzuhalten, das die Hersteller zur FDA in den U.S.A. treibt, während uns in der EU Medizinprodukte fehlen.

Es geht darum, Leben zu retten. Jede weitere Zeitverschwendung ist fatal. Dass ausgerechnet in Europa wichtige Medizinprodukte fehlen und Patientinnen und Patienten nicht versorgt werden können, ist unfassbar. Bereits jetzt sind Nischenprodukte wie Ballonkatheter für Kinderherzen kaum noch verfügbar und Kinder mit angeborenem Herzfehler sind in Gefahr. Ich fordere die EU-Kommission erneut auf, die Medizinprodukteverordnung unverzüglich so zu ändern, dass das Problem an der Wurzel gepackt wird.“

#### **Hintergrund:**

Die Revision der Medizinprodukteverordnung trat 2017 in Kraft. Darin ist vorgesehen, dass auch Produkte, die seit vielen Jahren im Markt sind, bis spätestens Mai 2024 erneut zertifiziert werden müssen. Aufgrund des immensen bürokratischen und finanziellen Aufwands dieser Rezertifizierung entscheiden sich viele Unternehmen, ihre Produkte vom Markt zu nehmen. Bisher wurden in Deutschland erst wenige Medizinprodukte in die neue Medizinprodukteverordnung überführt.

### **Lieferkettengesetz: Ein herber Schlag ins Gesicht des Mittelstandes**

Die Mitgliedstaaten haben ihre Position für ein europäisches Lieferkettengesetz festgelegt.

Hierzu erklären

- **Angelika Niebler** (CSU), Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe:

„Die Position der Mitgliedsstaaten zum Europäischen Lieferkettengesetz ist ein herber Schlag in das Gesicht des Mittelstandes. Wir fragen uns, wie die Bundesregierung einer solchen Fassung zustimmen konnte. Unsere Unternehmen sind durch die explodierenden

Energiepreise, den Fachkräftemangel, die unterbrochenen Lieferketten und die Herausforderungen, die durch die digitale und nachhaltige Transformation entstehen, bereits extrem gefordert. In der Stellungnahme des internen Prüfungsausschusses der Kommission ist auf die erheblichen Risiken durch den Kommissionsvorschlag hingewiesen worden. Dass die Unternehmen nun nach Position der Mitgliedsstaaten immer noch die nachgelagerte Lieferkette ihrer Waren und Dienstleistungen kontrollieren sollen, ist elementar konträr zu den Bekundungen, Bürokratie abzubauen. Wir müssen sicherstellen, dass wir durch Gesetze wie dieses, die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen nicht gefährden und Unternehmen sich aus Entwicklungsländern nicht zurückziehen werden, sonst bringt es niemandem was."

- **Axel Voss** (CDU) rechtspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Dass den Unternehmen mehr Zeit eingeräumt werden soll, bis die Vorschriften gelten, ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Das Grundproblem des Vorschlags bleibt: De facto wird jedes Unternehmen in Europa von den massiven bürokratischen Auflagen des Lieferkettengesetzes betroffen sein, da die Verpflichtungen in der Kette einfach weitergegeben werden. Da kann die Kommission auch noch so oft beteuern, dass kleine und mittlere Unternehmen von den Sorgfaltspflichten ausgenommen seien. Wir sollten uns deshalb auf die Teile der Lieferkette konzentrieren, in denen tatsächliche Risiken bekannt sind. Dies hat auch der Rat nun nicht geliefert. Wenn Firmen nun auch noch kontrollieren müssen, wo gar keine Risiken entstehen können, läuft dieses EU-Gesetz ganz klar aus dem Ruder.“

## Kroatien tritt Schengenraum bei

Zur Ratsentscheidung über die Erweiterung des Schengen-Raumes erklärt **Lena Düpont** (CDU), innenpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Gruppe:

„Glückwunsch an Kroatien! Die langjährigen Bemühungen für den Schengen-Beitritt wurden belohnt. Davon werden gerade auch deutsche Urlauber profitieren.“

Es ist gleichzeitig sehr bedauerlich, dass sich die Mitgliedstaaten gegen eine Aufnahme von Rumänien und Bulgarien in den Schengen-Raum ausgesprochen haben. Die Sorgen Österreichs sind grundsätzlich nachvollziehbar, müssen aber an anderer Stelle adressiert werden. Die Verbindung von Sicherheit des Schengen-Raums und Fragen illegaler Migration können und müssen in der Schengen-Reform geklärt werden. Letztendlich darf die Notwendigkeit eines funktionierenden Schengen-Raumes nicht an Ländern ausgelassen werden, die gar nicht Mitglied im Schengen-Raum sind. Rumänien und Bulgarien haben längst bewiesen, dass sie eine faire Chance verdient haben.

Die vielfältigen Bemühungen von Bulgarien und Rumänien für den Beitritt zum Schengen-Raum verdienen großen Respekt. Beide Länder erfüllen schon seit Jahren die nötigen Anforderungen. Sie haben Migrationskrisen, Pandemiebeschränkungen und jetzt die Ankunft von Millionen von Kriegsflüchtlingen in vorbildlicher Weise und unter immensem Druck bewältigt.

Wir hoffen, dass der Rat dies rasch einsieht und auch den Weg für Rumänien und Bulgarien so schnell wie möglich freimachen wird.“



## Kriminelle kennen keine Grenzen

Vertreter von Mitgliedstaaten, EU-Kommission und Europaparlament haben eine vorläufige Einigung über die Richtlinie über den Austausch strafverfolgungsrelevanter Informationen erzielt. Hierzu erklärt Lena Düpont (CDU), innenpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Gruppe und Berichterstatterin für das Dossier:

„Mit der heutigen Einigung stärken wir nicht nur den Informationsaustausch zwischen den Ermittlungsbehörden, sondern auch die innere Sicherheit Europas.

Verbrecher und organisierte Kriminalität machen nicht an den Grenzen halt. Gleichwohl hemmen allzu oft Hürden und rechtliche Unklarheiten im Informationsaustausch zwischen Polizei und Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedsstaaten eine effiziente Strafverfolgung. Um kriminelle Netzwerke wirksam bekämpfen zu können, müssen die Polizeibeamten in der gesamten EU systematisch und nach klaren und einfachen Regeln zusammenarbeiten können, rechtliche Unsicherheiten müssen adressiert werden.

Mit der vorläufigen Einigung ebnen wir genau dafür den Weg: Mit der Einrichtung einer zentralen Kontaktstelle in jedem Mitgliedsland stellen wir sicher, dass Verfahren vereinfacht werden, Anfragen schneller beantwortet werden können und die Zusammenarbeit unter den Kontaktstellen Vertrauen zwischen den Mitgliedsstaaten verstärkt. Gleichzeitig haben wir die datenschutzrechtlichen Anforderungen dargelegt. Ich freue mich, dass wir damit den ersten Teil des polizeilichen Kooperationskodexes auf den Weg gebracht haben.“

### Hintergrund:

Die Richtlinie ist Teil des Kodexes für die polizeiliche Zusammenarbeit, der von der Kommission im Dezember 2021 vorgelegt wurde. Sie aktualisiert und harmonisiert die Vorschriften für den grenzüberschreitenden Informationsaustausch zwischen den nationalen Polizeibehörden und für die Verhütung, Aufdeckung und Untersuchung von Straftaten zuständigen Behörden. Die Rechtsvorschriften legen Mindeststandards fest, die von allen Mitgliedstaaten eingehalten werden müssen. Die Mitgliedstaaten können jedoch durch bi- oder multilaterale Vereinbarungen weitergehende Vorschriften für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung erlassen. Die Abstimmung im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) ist vorläufig für den 12. Januar 2023 vorgesehen, die Abstimmung über die Einigung in erster Lesung im Plenum soll im Frühjahr 2023 stattfinden.

## Recycling und Kreislaufwirtschaft stärken

Die EU-Kommission veröffentlichte das zweite Paket zur Kreislaufwirtschaft. Darin enthalten ist der Vorschlag zur Überarbeitung der Anforderungen an Verpackungen und Verpackungsmüll. Hierzu erklärt **Hildegard Bentele** (CDU), Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit und Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie:

„2020 ist jeder EU-Bürger im Schnitt pro Kopf für 177,2 Kilogramm Verpackungsmüll verantwortlich, in Deutschland pro Kopf sogar für 225,8 Kilogramm. Inzwischen steigen diese Zahlen zwar nicht mehr an, aber dafür stagniert das Recycling. Das ist deshalb problema-

tisch, weil nicht recycelte Verpackungen noch immer in Mülldeponien und Verbrennungsanlagen landen. Schlechtes Abfallmanagement ist nicht nur schlecht für die Umwelt, sondern verhindert auch die Wiederverwendung wichtiger Rohstoffe. Gutes Abfallmanagement trägt außerdem zur Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze in der Recyclingbranche bei.

Mir ist vor allem wichtig, dass Lösungen gut durchdacht und kohärent mit anderen Gesetzen sind. Als Berichterstatterin für Rohstoffe liegt mir besonders der Aufbau eines gut funktionierenden Marktes für Sekundärrohstoffe am Herzen. Hier müssen wir die richtigen Rahmenbedingungen und Anreize schaffen und endlich die Mülldeponierung abschaffen. Unser Fokus liegt darauf, dass mehr recycelt und Kreislaufwirtschaft zusammen mit den betroffenen Unternehmen pragmatisch gestaltet wird."

## Mehr Sicherheit im Warenkorb: Neue EU-Produktsicherheits-Verordnung

Die Unterhändler von Europaparlament und Mitgliedstaaten haben sich im Trilog auf eine neue EU-Produktsicherheits-Verordnung geeinigt. Dazu erklärt **Marion Walsmann** (CDU), Berichterstatterin der EVP-Fraktion und Mitglied im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz:

„Es war überfällig, die 20 Jahre alte EU-Gesetzgebung für Produktsicherheit zu überarbeiten. Der technologische Fortschritt hat sowohl bei den Produkten selbst, als auch hinsichtlich der Bezugsquellen für enormen Anpassungsbedarf gesorgt. 70% der Verbraucher kaufen heute online ein. Die neue Produktsicherheitsverordnung wird sicherstellen, dass auch diese Produkte unseren EU-Sicherheitsstandards entsprechen.

Zukünftig gelten klare Regeln für Online-Marktplätze und einheitliche Marktüberwachungsvorschriften. Das klare Ziel der Verordnung ist, die Zahl der gefährlichen Produkte, die sowohl offline als auch online auf dem europäischen Markt verkauft werden, zu verringern. Zudem soll die Wirksamkeit von Produktrückrufen verbessert werden. Von dieser Verordnung werden sowohl Verbraucher als auch alle Händler profitieren."

Hintergrund:

Mit der neuen Produktsicherheits-Verordnung wird die bestehende Produktsicherheits-Richtlinie aus 2001 modernisiert, um den aktuellen digitalen und technologischen Entwicklungen und Herausforderungen gerecht zu werden:

- die Vorschriften für alle Wirtschaftsakteure (Hersteller, Einführer und Händler) werden modernisiert und für Online-Unternehmen und Online-Marktplätze aktualisiert
- Zahl der gefährlichen Produkte, die sowohl offline als auch online auf dem EU-Markt verkauft werden, auch auf Online-Marktplätzen, wird verringert werden.

- Erhöhte Verpflichtungen der Online-Marktplätze: (um die 70 % der Verbraucher kaufen Produkte online ein)

- a) Sie müssen Angebote gefährlicher Produkte unverzüglich und in jedem Fall innerhalb von zwei Arbeitstagen entfernen oder den Zugang dazu zu sperren und sie werden dazu ermutigt, angemessene Anstrengungen zu unternehmen, um stichprobenartig nach gefährlichen Produkten zu suchen

- b) sie werden mit den Marktaufsichtsbehörden zusammenarbeiten müssen, wenn sie ein gefährliches Produkt auf ihrer Plattform entdecken.

- c) Sie müssen für die Verbraucher und auch die Marktüberwachungsbehörden eine zentrale Anlaufstelle für Produktsicherheit einrichten.
- d) sie müssen sicherstellen, dass die Händler, die auf ihren Plattformen tätig sind, und die von ihnen angebotenen Produkte kennen.
- e) Die Marktaufsichtsbehörden werden in der Lage sein, Anordnungen zu erlassen, die Online-Marktplätze dazu verpflichten, gefährliche Produkte von ihren Plattformen zu entfernen oder den Zugang zu solchen Angeboten zu sperren.

- Besserer Verbraucherschutz

- a) das Rückrufverfahren wird effizienter gestaltet, sodass die Risikowahrnehmung der Verbraucher nicht eingeschränkt wird, dies ist sehr wichtig, da schätzungsweise ein Drittel der Verbraucher in der EU zurückgerufene Produkte weiterhin verwenden
- b) Bei Rückrufen müssen dem Verbraucher mindestens zwei der Abhilfemaßnahmen vorgeschlagen werden. Er kann entscheiden, in Frage kommen dabei Anspruch auf Reparatur, Ersatz oder Erstattung (mindestens in Höhe des ursprünglichen Preises).
- c) bei unsicheren Produkten müssen Wirtschaftsakteure unverzüglich Korrekturmaßnahmen ergreifen und die Marktüberwachungsbehörden und die Verbraucher entsprechend informieren.
- d) Schnellwarnsystem für gefährliche Produkte (Portal "Safety Gate") wird modernisiert, damit unsichere Produkte besser erkannt werden können, und es wird für Menschen mit Behinderungen leichter zugänglich sein

- Verantwortliche Person im Europäischen Binnenmarkt

Alle Wirtschaftsakteure, die ein Produkt auf dem EU-Binnenmarkt anbieten, müssen eine verantwortliche Person für online und offline verkaufte Produkte haben, unabhängig davon, ob sie aus der EU oder aus einem Drittland stammen. Die verantwortliche Person muss prüfen, ob für die Produkte, für die sie verantwortlich ist und die vom Wirtschaftsakteur angeboten werden, technische Unterlagen vorliegen und ob den Produkten Anleitungen und Sicherheitsinformationen beigefügt sind. Nach der formellen Verabschiedung der Verordnung und ihrem Inkrafttreten haben die Mitgliedstaaten 18 Monate Zeit, um die neuen Vorschriften zur allgemeinen Produktsicherheit anzuwenden.

- Bessere Durchsetzung der Produktsicherheitsregeln (Kontrolle):

- a) Gleichzeitige koordinierte Kontrollmaßnahmen (Sweeps) der Marktaufsichtsbehörden werden verbindlich gemacht.
- b) Marktüberwachungsbehörden sollen - in Kooperation mit der EU-Kommission- verstärkt Mystery Shopping (Inspektionen und Proben von Produkten unter einer verdeckten Identität) durchführen

## Neue Realität in der Außen- und Sicherheitspolitik der EU

Der Auswärtige Ausschuss hat seine **Position zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Europäischen Union** angenommen. Dazu erklärt **David McAllister** (CDU), Ausschuss-Vorsitzender und Berichterstatter für das Dossier:

„Das Jahr 2022 markiert den größten sicherheitspolitischen Wendepunkt seit Ende des Kalten Krieges. Die Welt ist zu den Regeln der Machtpolitik zurückgekehrt. In unserem außenpolitischen Verhalten gilt es, sich an diese neue Realität anzupassen, um sicherzustellen, dass unsere europäischen Ziele mit unseren Mitteln im Einklang stehen. Damit nicht

ein Land das Vorhaben aller anderen lahmlegen kann, braucht es im Rat häufiger Entscheidungen per qualifizierter Mehrheit.

Seit Jahren bemüht sich das Europäische Parlament für eine stärkere und effizientere Außen- und Sicherheitspolitik, die demokratisch und transparent gestaltet wird. Wenn die Europäische Union ein globaler Akteur sein will, brauchen wir umsetzbare strategische Ziele. Nur so können wir Klarheit nach innen geben und die EU zu einem verlässlichen Partner nach außen machen. Dazu gehört vor allem die zeitnahe und effiziente Umsetzung des Strategischen Kompasses. Von den 80 im Strategischen Kompass verankerten Initiativen sind bereits 51 Ende dieses Jahres fällig.

Eine starke Außen- und Sicherheitspolitik beinhaltet auch, dass wir unsere internationalen Partnerschaften untermauern. Das trifft besonders auf die mit den Westbalkanstaaten und den Ländern der östlichen Partnerschaft zu. Die Nachbarschafts- und Erweiterungspolitik bleibt das stärkste geopolitische Instrument der Europäischen Union.“

Hintergrund:

Seit 1993 haben sich die EU-Mitgliedstaaten zu einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik verpflichtet. Ziel ist es, den Frieden zu wahren und die internationale Sicherheit zu stärken. Der diesjährige Bericht hebt hervor, dass die EU ihre Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik anhand vier grundlegender Maßnahmen gestalten sollte. Dazu gehören unter anderem eine effektivere Entscheidungsfindung in den EU-Institutionen, die Forderung nach mehr strategischer Autonomie sowie die Stärkung internationaler Partnerschaften.

## Niederländer soll neuer Frontex-Exekutivdirektor werden

Statement **Lena Düpont** (CDU) zu Ausschussempfehlung neuer Frontex-Chef Hans Leijtens

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres hat heute eine Empfehlung für den Niederländer Hans Leijtens als neuen Frontex-Exekutivdirektor ausgesprochen. Hierzu erklärt Lena Düpont (CDU), innenpolitische Sprecherin der CDU-CSU-Gruppe und Vorsitzende des Frontex-Kontrollgremiums:

„Wir haben die drei von der Kommission vorgeschlagenen Kandidaten für Neubesetzung des Agentur-Chefpostens angehört. Alle drei Kandidaten hatten die Gelegenheit, ihren Lebenslauf, ihre Erfahrung und ihre Vorstellung von der Zukunft der Agentur vorzustellen und mussten sich den kritischen Fragen der Ausschussmitglieder und der Mitglieder der Frontex Scrutiny Working Group stellen. Auf Grundlage dessen hat der Ausschuss heute die Empfehlung für Hans Leijtens abgegeben.

Für mich war bei der Anhörung entscheidend, dass die Erfahrung aus dem bisherigen Berufsleben zum Profil des neuen Exekutivdirektors passt und dass die entsprechende organisatorische, operative, aber eben auch verwaltungstechnische Erfahrung eine Rolle spielt. Wichtig war zudem, dass derjenige oder diejenige mit einer weißen Weste kommt, insbesondere vor dem Hintergrund des Werdegangs des ehemaligen Exekutivdirektors.

Das Mandat von Frontex ist heute wichtiger als je zuvor. Die Agentur braucht eine starke Führung. Dementsprechend hoch sind nun die Erwartungen an den neuen Exekutivdirektor. Hans Leijtens steht nun vor der großen Herausforderung, die positiven Entwicklungen der

letzten Wochen und Monate auch weiterhin aufrechtzuerhalten. Alle Aspekte des Mandates der Agentur müssen volle Berücksichtigung finden.“

Hintergrund:

Das Ernennungsverfahren des Exekutivdirektors der Agentur regelt die Frontex-Verordnung (Artikel 107). Nach Anhörung der Bewerber gibt das Europäische Parlament eine Stellungnahme ab, in der es seinen Standpunkt darlegt und gegebenenfalls einen bevorzugten Bewerber nennt. Das Ergebnis dieser Bewertungen wird dem Präsidenten des Europäischen Parlaments zur anschließenden Bestätigung durch die Konferenz der Präsidenten mitgeteilt. Der Frontex-Verwaltungsrat ernennt den Exekutivdirektor unter Berücksichtigung dieser Stellungnahmen.

## Überarbeitung der EU-Drohnenstrategie

Zur von der EU-Kommission vorgestellten Überarbeitung der EU-Drohnenstrategie erklärt **Jens Gieseke** (CDU), verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament:

„Unsere bisherige Strategie aus dem Jahr 2015 ist überholt. In den letzten Jahren hat es massive Entwicklungen in der Drohnentechnologie gegeben. Daher ist es nun wichtig, dass die Strategie überarbeitet wird.

Das Entwicklungspotential des Drohnenmarktes ist groß: Der Wert des Marktes kann bis 2030 auf 14,5 Milliarden Euro anwachsen und Jobs für 145.000 Beschäftigte bieten. Vorausgesetzt, wir setzen jetzt den richtigen Rahmen. Dabei müssen wir aufpassen, diesen innovativen Markt nicht durch zu starre Vorgaben einzuschnüren oder Entwicklungen durch zu langsame Gesetzgebung zu verzögern. Die Pläne der Kommission sehen einige, komplizierte Anpassungen beispielsweise bei der Regulierung des Flugverkehrsmanagements vor.

Es wird eine Herausforderung die vielen unterschiedlichen Interessen unter einen Hut zu bringen. Wir als Parlament stehen aber bereit, hier zeitnah die konkrete Ausgestaltung anzugehen.“

## Mangelnde Rechtstaatlichkeit in Ungarn - EU dreht Geldhahn zu

Eine historische Einigung ist den EU-Mitgliedstaaten gelungen. Erstmals wurde sich darauf verständigt, EU-Gelder zu blockieren, da ein EU-Mitgliedstaat sich nicht mehr an die gemeinsamen Regeln hält. In diesem Fall geht es um Ungarn, welches unter Regierungschef Viktor Orbán dramatische Rückschritte hinsichtlich der Rechtstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung gemacht hat. Nach einer intensiven Prüfung hatte die EU-Kommission deshalb vorgeschlagen, 65 Prozent der EU-Mittel zurückzuhalten. Daraufhin hatte Orbán versucht, die EU zu erpressen und andere wichtige Gesetzgebung, wie die dringend benötigten Hilfsgelder für die Ukraine, regelrecht in Geiselschaft genommen.

Das EU-Parlament hatte stets gefordert, dass man gegenüber Orbán hart bleiben muss. Letztendlich hat der Druck gewirkt und die Entscheidung ist ein Erfolg für die EU: 55 Prozent der europäischen Fonds bleiben für Ungarn weitreichend gesperrt. Viktor Orbán musste seine Blockaden aufgeben und hat nur wenig damit erreicht. Damit ist endgültig klar, dass der EU-Haushalt kein Selbstbedienungsladen für korrupte Staatsapparate ist,

sondern denjenigen Konsequenzen drohen, die sich von unseren europäischen Werten verabschieden.“

**Zur Entscheidung der EU-Kommission**, aufgrund von Verfehlungen gegen die Rechtsstaatlichkeit dem Rat die Einfrierung von EU-Haushaltsmitteln für Ungarn zu empfehlen, erklärt **Monika Hohlmeier (CSU)**, Vorsitzende des Haushaltskontrollausschusses:

„Die Entscheidung der Kommission ist folgerichtig. Ungarn hat zwar diverse Reformen ergriffen und durchaus guten Willen erkennen lassen, aber bislang einfach noch nicht genug unternommen. Die Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit in Ungarn sind so schwerwiegend und tiefgreifend, dass sie nicht durch oberflächliche, kosmetische Reformen in wenigen Monaten behoben werden können.

Ich erwarte von den Mitgliedstaaten, dass sie die Empfehlung der Kommission bestätigen. Im Gegensatz zum Artikel-7 Verfahren reicht hier die qualifizierte Mehrheit.

Gleichzeitig ist es ebenso folgerichtig, dass der ungarische Wiederaufbauplan heute durch die Kommission genehmigt wurde. Diese Entscheidung ist formell unabhängig vom Haushaltskonditionalitätsmechanismus, auf dessen Basis die Empfehlung zur Einfrierung der Gelder erfolgt ist. Sobald Ungarn die von der Kommission geforderten 27 Maßnahmen zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit umgesetzt hat, können die zurückgehaltenen Gelder Schritt für Schritt für den ungarischen Wiederaufbauplan nach Ungarn fließen, aber nicht vorher.“

**Zur Einigung zwischen den Mitgliedstaaten u.a. zur Einfrierung von EU-Haushaltsmitteln für Ungarn und den Ukraine-Hilfen** erklärt **Monika Hohlmeier (CSU)**, Vorsitzende des Haushaltskontrollausschusses des Europäischen Parlaments:

„Es ist historisch, dass sich die Mitgliedstaaten erstmalig auf die Anwendung der Haushaltskonditionalität geeinigt haben. Ich sehe es kritisch, dass die Mitgliedstaaten bereit waren, Viktor Orbán 45% der Mittel zuzugestehen und nur 55% der Mittel zu sperren anstatt der von der Kommission vorgeschlagenen 65% oder vom Europäischen Parlament verlangten 95%.

Wir werden sehr sorgfältig überprüfen, wie diese Mittel verwendet werden und alles daran setzen zu verhindern, dass oligarchische Strukturen in Ungarn ausgebaut werden.

Dennoch ist die Entscheidung ein erster kleiner Erfolg: es bleiben europäische Fonds weitreichend gesperrt, Viktor Orbán musste seine Blockade der Ukraine-Hilfen und der globalen Mindeststeuer aufgeben - der kontinuierliche Druck aus dem Europäischen Parlament hat sich ausgezahlt. Der EU-Haushalt ist kein Selbstbedienungsladen für korrupte Staatsapparate, sondern es gibt Konsequenzen für diejenigen, die sich von unseren gemeinsamen Werten verabschieden. Was für korrupte Politiker in Belgien, Italien oder Griechenland gilt, muss auch für korrupte Politiker und raffgierige Oligarchen in Ungarn gelten.“

## Besserer Schutz vor Abzocke bei Krediten

Zur Trilog-Einigung zur Neufassung der Verbraucherkredit-Richtlinie sagt **Andreas Schwab** (CDU), binnenmarkt- und verbraucherschutzpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament:

"Künftig werden Verbraucher besser vor Abzocke bei Krediten geschützt. Für die CDU war wichtig, bei den Zugangshürden zu Krediten verhältnismäßig zu bleiben. Verbraucher müssen bei Finanzprodukten mit hohen Risiken, z.B. Wucherkrediten und Koppel-Produkten im Internet, besser geschützt werden. Denn die Fehlentwicklungen gerade im online Bereich müssen behoben werden.

Trotz vieler guter Elemente der Einigung hat man durch bürokratisches "one size fits all" Denken an einer Stelle das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Die Neufassung wird dazu führen, dass einige Verbraucher, die auf Ratenzahlung angewiesen sind, bspw. neue Handys oder Haushalts-Geräte nicht mehr bekommen werden, oder der Prozess zumindest sehr viel bürokratischer wird. Denn zukünftig dürfen nicht mal mehr Gerätehersteller zins- und gebührenfreie Ratenzahlung mit mehr als 60 Tagen Laufzeit ohne Vorabprüfung anbieten, obwohl sie ja selbst das Ausfallrisiko tragen, wenn sie ein Gerät ausliefern. Die zusätzlichen Prüfungen bei solchen Geschäftsmodellen werden dazu führen, dass es teurer für alle wird, z.B. der Handy-Kauf auf Raten weniger Verbrauchern offen steht. Das trifft vor allem weniger wohlhabende Verbraucher, die sich ein Gerät nicht "auf einmal" leisten können. Das ist im Kern unsozial - statt zu schützen wird in solchen Fällen bevormundet".

Hintergrund:

Mit der Richtlinie 2008/48/EG über Verbraucherkreditverträge, die 2011, 2014, 2016 und 2019 geändert wurde, wurde ein harmonisierter EU-Rahmen für Verbraucherkredite geschaffen, um die Entstehung eines reibungslos funktionierenden Binnenmarkts für Verbraucherkredite zu erleichtern und um ein hohes Verbraucherschutzniveau zu gewährleisten. Die Digitalisierung hat den Entscheidungsprozess und die Gewohnheiten der Verbraucher im Allgemeinen tiefgreifend verändert. Neue Marktteilnehmer, wie z. B. Peer-to-Peer-Kreditplattformen sowie neue Produkte, wie z. B. kurzfristige, teure Kredite, sind aufgetaucht. Die Digitalisierung hat auch neue Möglichkeiten mit sich gebracht, Informationen digital offenzulegen und die Kreditwürdigkeit von Verbrauchern mithilfe automatisierter Entscheidungssysteme und nicht-traditioneller Daten zu bewerten.

## Gesetzgebungspaket zum Kapitalmarkt

Die EU-Kommission präsentierte ihr Gesetzgebungspaket zum Kapitalmarkt. Dazu erklärt **Markus Ferber** (CSU), wirtschafts- und währungspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

*Zum Vorschlag zur Überarbeitung der Europäischen Marktinfrastrukturverordnung (EMIR):*

„Dass die Kommission seit dem Brexit-Referendum fast sechseinhalb Jahre gebraucht hat, um endlich eine Strategie zu entwickeln, mit der die Clearing-Landschaft in der EU gestärkt werden soll, ist enttäuschend. Vom Däumchendrehen der Kommission hat bisher vor allem der Finanzplatz London profitiert.

Die Vorschläge gehen in die richtige Richtung, kommen aber reichlich spät. Dass die Kommission nun endlich auch über Risikozuschläge für Banken, die vor allem außerhalb der EU

clearen, nachdenkt, ist richtig. Es wird nur gelingen, Clearing-Geschäft in die Eurozone zu ziehen, wenn man mit Zuckerbrot und Peitsche arbeitet.

Aus Finanzstabilitätsgründen muss das Euroclearing in der Eurozone stattfinden. Es geht auch um Haftungsfragen: Im Krisenfall muss die Europäische Zentralbank Notfallliquidität bereitstellen. Deswegen müssen das Geschäft und die Aufsicht auch in der Eurozone liegen.

Die Kommission muss klipp und klar sagen, dass ab 2025 Schluss mit Euroclearing in London ist. Die Marktteilnehmer werden sich nur bewegen, wenn sie eine unmissverständliche Botschaft aus der Politik bekommen.“

#### **Hintergrund:**

Ziel der Vorschläge ist es das europäische Ökosystem für Clearing-Dienstleistungen, einer Risikominderungsmethode im Finanzsektor, zu stärken und wettbewerbsfähig gegenüber dem Finanzplatz London zu machen. Insbesondere das Clearing von in Euro denominierten Derivaten („Euroclearing“) findet noch immer größtenteils im Vereinigten Königreich statt.

#### *Zum Vorschlag zur Überarbeitung der europäischen Regeln für Börsengänge („Listing Act“):*

„Wir haben in der Vergangenheit zu oft gesehen, dass vielversprechende europäische Unternehmen einen Börsengang außerhalb Europas anstreben. Das liegt auch daran, dass der Prozess der Börsennotierung in der EU zu komplex, langwierig und unflexibel ist - gerade für kleinere Emittenten. Das Ergebnis ist, dass europäische Kapitalmärkte im internationalen Vergleich unterentwickelt sind. Die Kommission tut gut daran, die europäischen Regeln zu verschlanken und flexibler zu machen. Das Vereinigte Königreich hat unter Federführung von ex-EU-Kommissar Lord Hill bereits die eigenen Regeln für Börsengänge überarbeitet. Die EU muss aufpassen, dass sie nicht abgehängt wird.“

#### **EU-Antwort auf US Inflation Reduction Act**

Europa braucht eine geschlossene Antwort auf dieses Paket aus Subventionen und protektionistischen Maßnahmen der USA. Die Antwort auf den Inflation Reduction Act kann aber nicht sein, dass wir einen weiteren europäischen Schuldentopf auflegen oder selbst protektionistische Maßnahmen „à la Europe first“ beschließen.

Vielmehr müssen wir ein Wachstumsumfeld für unsere Unternehmen in Europa schaffen. Dazu gehören einerseits der Abbau von belastenden Regulierungen sowie andererseits finanziell besser ausgestattete Programme auf EU-Ebene. Wir brauchen einen Richtungswechsel in der europäischen Industriepolitik: Weg von Verboten und Auflagen und hin zur finanziellen Unterstützung von Innovationen.

#### **Hintergrund:**

Der amerikanische „Inflation Reduction Act“ ist ein gigantisches Subventionsprogramm für grüne und klimafreundliche Technologien. Die Vereinigten Staaten versuchen damit, innovative Unternehmen aus anderen Teilen der Welt anzulocken, vielfach aus Sektoren, in denen europäische Unternehmen führend sind. Zusammen mit den hohen Energiepreisen



kann dies Unternehmen dazu verleiten, Investitionen künftig in den USA statt Europa zu tätigen. Kritisch sind aus europäischer Sicht insbesondere auch die protektionistischen Vorschriften des IRA, denn eine Bedingung ist, dass die Unternehmen in den USA produzieren beziehungsweise Produkte nutzen, die im Land hergestellt werden.

## Lage in Montenegro

Zur aktuellen Lage in Montenegro erklärt **Hildegard Bentele** (CDU), Mitglied in der Delegation des Europaparlaments für den Parlamentarischen Stabilisierungs- und Assoziationsausschuss EU-Montenegro:

„Montenegro darf nicht weiter in Instabilität und Unsicherheit abrutschen. Ich rufe alle politisch Verantwortlichen dringend zur Lösung der anhaltenden Verfassungskrise auf. Wenn das nicht gelingt, wird der Beitrittsprozess blockiert bleiben.

Wir sahen uns aufgrund der neusten Entwicklungen in Montenegro dazu gezwungen, die für heute und morgen geplante Sitzung des Parlamentarischen Stabilitäts- und Assoziierungsausschuss EU-Montenegro abzusagen - zum ersten Mal aus politischen Gründen. Am Montag verabschiedete das Parlament von Montenegro mit einfacher Mehrheit einen Gesetzeszusatz zur Einschränkung der Befugnisse des Staatspräsidenten, entgegen der Stellungnahme der Venedig-Kommission und der Empfehlungen der EU. Damit wird die Rechtstaatlichkeit des Landes in Frage gestellt und damit auch Montenegros Ambitionen, Mitglied in der EU zu werden.

Hinzu kommt, dass das montenegrinische Parlament sich nicht auf die Benennung vier neuer Richter für das Verfassungsgericht einigen kann, dieses ist seit Monaten nicht beschlussfähig. Lange Zeit galt Montenegro als Musterknabe unter den EU-Beitrittskandidaten, mittlerweile vermissen wir Mut und Motivation zu Reformen. In den vergangenen fünf Jahren konnte kein Verhandlungskapitel geschlossen werden. Montenegro wird von Serbien und indirekt von Russland infiltriert, die zunehmende politische Instabilität macht es noch vulnerabler.

Ich appelliere an die montenegrinischen Politiker, endlich ihre Differenzen zu überwinden und die Funktionsfähigkeit der Institutionen und die Verfassungsrechtmäßigkeit wiederherzustellen. Die Bürgerinnen und Bürger haben sich klar positioniert - sie sehen ihre Zukunft in der EU. Die politische Ebene sollte dem Interesse der Bevölkerung entsprechend handeln - Neuwahlen eingeschlossen.

## Meine Heimat

### Brüssel-Reise als Dankeschön



Eine besondere Freude und Ehre war es für mich, 40 haupt- und ehrenamtliche Mitglieder des Technischen Hilfswerks, der Feuerwehr sowie des Roten Kreuzes aus meinem Wahlkreis in Brüssel begrüßen zu dürfen. Neben Einblicken in die Arbeit des EU-Parlaments, haben wir uns u.a. über den europäischen Katastrophenschutz ausgetauscht. Deutschland ist im europaweiten Vergleich gut aufgestellt. Das gelingt nur und dank der engagierten und motivierten Rettungs- und

Hilfskräfte in unserem Land. Danke euch dafür!

(Bildquelle: EU-Parlament)

### Zu Besuch auf dem Hubauer Hof in der Oberpfalz



Politik machen wir nicht für Politiker, sondern für unsere Landwirte. Deswegen ist zuhören und diskutieren vor Ort unersetzlich.

Mitglieder der CSU AG Ernährung, Landwirtschaft, Forsten, der JU Neumarkt, MdB Susanne Hierl und mein Kollege und JU-Vorsitzender Christian Doleschal und ich sind auf dem Hubauer Hof von Familie Pruy zusammengekommen und haben uns über aktuelle Themen wie die Düngerverordnung, RED III, die Pflanzenschutzmittel-Richtlinie oder das Gesetz zur Wiederherstellung der Natur ausgetauscht.

### Weihnachtsmarkt in Burgthann



Einer der zahlreichen wunderschönen Weihnachtsmärkte, die ich in der Adventszeit besucht habe, war der in Burgthann. Hier habe ich mich mit den Kollegen Norbert Dünkel MdL und Ralph Edelhäuser MdB gerne mit und für den Ortsverband an den Grill gestellt.

## Herzensangelegenheiten

### Zu Gast beim KüchenKabinett

Anfang Dezember war ich zu Gast beim KüchenKabinett, ein Talk-Format des Polit-Magazins Cicero. Gemeinsam mit Gastgeber Christoph Minhoff und meinem SPD-Europaabgeordneten-Kollegen Tiemo Wölken habe ich europapolitische Themen, von Klimakrise über Ukrainekrieg bis hin zum Zustand der EU, diskutiert.

Schauen Sie rein! Hier geht's zur [Sendung](#).

### Jeder Tropfen zählt - Speiseöl und -fett sammeln und recyceln

Informationen von [Jeder Tropfen Zählt GmbH](#), die ich gerne mit Ihnen teile.

#### Sammlung

- Stand heute sind bereits ca. 450.000 BürgerInnen an den Sammelsystem angeschlossen und können an 78 Automaten ihr gebrauchtes Speiseöl und -fett abgeben
- Flächendeckend gesammelt wird im Landkreis Roth sowie den Städten Erlangen und Fürth; Pilotprojekte laufen in den Landkreisen Eichstätt, Erlangen-Höchstadt, Forchheim, Fürth, Neumarkt und Weißenburg-Gunzenhausen sowie im Baden-Württembergischen Hohenlohekreis

#### Ausblick

- Im Frühjahr 2023 werden Kommunen im Landkreis Nürnberger Land und zwei Stadtbezirke Ingolstadts mit der Sammlung beginnen und so in Kürze insgesamt ½ Millionen BürgerInnen mitsammeln
- der Kreis Hohenlohe (Baden-Württemberg) hat aufgrund erfolgreicher JTZ-Pilotprojekte die flächendeckende Einführung zur Sammlung gebrauchter Speiseöle aus Privathaushalten für 2023 beschlossen

#### Soziales Engagement

- Durch eine spontane Hilfsaktion für eine ukrainische Ölmühle kam die Mutterfirma Lesch im Frühjahr an 22.000 l Sonnenblumenöl. Unabhängig davon erdachte sich die Giesinger Brauerei München für Ihr Bräustüberl eine Tauschaktion „Öl gegen Bier“ mit Ihren Gästen und Kunden, da Speiseöl zu dieser Zeit nicht nur für private Verbraucher knapp war. Sie tauschten das ukrainische Öl gegen die gleiche Literzahl Bier ! Mit einem Teil dieses Bieres veranstalteten sie im Herbst den Wettbewerb „Nachhaltigkeit macht Spaß“ für Faschings- und Sportvereine. Sie sollten zeigen, wie sie in Ihrem Vereinsalltag Nachhaltigkeit im weitesten Sinn leben und / oder wie sie nachhaltig feiern. 3 Kästen Giesinger bekam jeder von der Jury ausgewählte Verein, die es für Ihr sozial-nachhaltiges Engagement verdient haben.

Wenn auch Sie aktiv werden wollen, dann melden Sie sich bei Jeder Tropfen Zählt.

### Über das Unternehmen:

- <https://www.br.de/nachrichten/bayern/wertvoller-rohstoff-aus-altspeiseoel-wird-bio-kraftstoff,TDX0BZA>
- <https://www.br.de/mediathek/video/kurioser-tauschhandel-bier-fuer-oel-av:6373bea26db0d5000884ed31>

## Internationaler Tag der Menschenrechte

Alljährlich begehen wir am 10. Dezember den Menschenrechtstag. Machen wir uns immer wieder bewusst, dass die universell geltenden Menschenrechte in vielen Ländern noch lange nicht selbstverständlich sind.

Meine Meldung zum Aktionstag können Sie [hier](#) nachlesen.

## Tag des Ehrenamtes: „Ehrenamtliche sind die Helden unseres Alltags“

Jährlich steht der 5. Dezember im Zeichen des Ehrenamts. Anlass DANKE zu sagen und die freiwillige Arbeit der engagierten Bürgerinnen und Bürger zu würdigen. Die vielen Ehrenamtlichen in unserem Land leisten jeden Tag Großartiges. Egal ob bei der Freiwilligen Feuerwehr, im Rettungsdienst, beim Technischen Hilfswerk, im Sport-, Musik-, Kunst oder Kulturverein, bei einer politischen Partei oder an vielen anderen Stellen. Ihr Engagement ist unverzichtbar für das Funktionieren und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Sie sind die wirklichen Helden des Alltags.

In Deutschland sind rund 30 Millionen Menschen ehrenamtlich engagiert. Viele davon auch in meinem Wahlbezirk Mittelfranken. Ihnen allen ein großes „Dankeschön“ und meinen ehrlichen Respekt. Ohne sie wäre auch meine Heimatregion um vieles ärmer.

## Weltbodentag 2022: Intelligenten Bodenschutz fördern

Unsere Böden sind echte Multitalente. Sie sind essenziell für die Lebensmittelversorgung sowie Lebensraum für unzählige Tiere und Pflanzen. Sie reinigen zudem unser Wasser und speichern CO<sub>2</sub>. Damit tragen gesunde Böden sicht- und spürbar zum Klimaschutz bei.

Meine Meldung zum Weltbodentag können Sie [hier](#) nachlesen.

## Lesenswert

### Artikel zum Korruptionsskandal

Besonders ans Herz legen will ich Ihnen zwei Artikel aus der FAZ und der WELT. Hier lohnen sich die Investitionen in Bezahl-Artikel.

- FAZ: „Ein Netzwerk tat sich auf“

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/eu-korruptionsskandal-ein-netzwerk-tat-sich-auf-18540253.html>

- WELT: „Politiker sollten sich nicht als Erfüllungsgehilfen der NGO-Sekten aufführen“

<https://www.welt.de/regionales/hamburg/plus242692761/Stefan-Aust-zur-Lage-Politiker-als-Erfuellungsgehilfen-der-NGO-Sekten.html>

## EU macht Bosnien-Herzegowina zum Beitrittskandidaten

Interessante Informationen rund um den Beitritt von Bosnien-Herzegowina zur EU können Sie in diesem [Zeitartikel](#) lesen.

## Brüsseler Notizen

Lesen Sie [hier](#) neueste Ausgabe der Brüsseler Notizen der Hanns-Seidel-Stiftung. Themen sind unter anderem die Beziehungen der EU zu Afrika, der G20-Gipfel auf Bali oder verstärkte europäische Beziehungen und Nachbarschaften.

---

## Kontakt:

Büro Marlene Mortler, MdEP  
Brücker Allee 1 | 91207 Lauf a.d.Pegnitz

Tel.: +49 9123 999 00 51  
[mittelfranken@marlenemortler.eu](mailto:mittelfranken@marlenemortler.eu)

[www.marlenemortler.eu](http://www.marlenemortler.eu)

Folgen Sie mir auch auf Instagram: [@marlene.mortler.csu](https://www.instagram.com/marlene.mortler.csu)

Redaktion: Daniela Seifart

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Wenn Sie diese E-Mail nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte per E-Mail an [mittelfranken@marlenemortler.eu](mailto:mittelfranken@marlenemortler.eu) mit.